



BVV SÜDWEST

Journal der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf Nr. 2 / 19. November 2014



Stadträtin: Hochnäsiger Umgang des Senats mit den Bezirken

Bürgerämter durch „Spontankunden“ überlastet

Steglitz-Zehlendorf. Der Ansturm auf die drei Bürgerämter im Südwesten hält an. Grund dafür sind auch Kunden aus anderen Bezirken, die den Dienst in Steglitz-Zehlendorf ohne Anmeldung in Anspruch nehmen können. Jetzt schlägt die zuständige Stadträtin Alarm.

Erstin Richter-Kotowski beklagt die mangelhafte personelle Ausstattung ihrer Bürgerämter. Nur hier sowie in Neukölln und Lichtenberg brauchten sich Bürgeramtsbesucher für ihre Belange nicht anzumelden. Mitarbeiter seien teilweise am Rande ihrer Leistungsfähigkeit. In den Rathäusern Steglitz, Zehlendorf und in Lankwitz arbeiten etwa 47 Bürgeramtskräfte. Den Bürgerämtern wurden laut Richter-Kotowski in den vergangenen Jahren vom Senat neue Aufgaben ohne Personalverstärkung zugewiesen.

So stellten neun Bezirke vom „Spontankundenservice“ auf Terminvergabe um. Dies habe zur Entlastung dieser Bürgerämter beigetragen. Doch die übrigen Kunden kommen nun auf die Ämter, wo es wie in Steglitz-Zehlendorf ohne Anmeldung geht. CDU-Fraktionschef Torsten Hippe will diesen Service für die Steglitz-Zehlendorfer jedenfalls erhalten: „Es muss für die Einwohner des Bezirks möglich sein, in dringenden Fällen baldigst, in höchstens zwei Wochen einen Termin zu bekommen und in sehr dringenden

Fällen auch sofort persönlich vorzusprechen. Wir wollen nicht gezwungen werden, nur noch langfristige Termine vergeben zu können, weil andere Bezirke ihren Service an Bürgern einstellen, diese an uns verweisen und wir damit überlastet sind.“

Trotz Schwierigkeiten, die zehn Stellen im Bürgeramt Lankwitz zu besetzen, will die Stadträtin dieses nicht schließen: „Ich halte drei Bürgerämter bei einem großen Flächenbezirk wie Steglitz-Zehlendorf für absolut erforderlich.“ Eine Gesamtlösung sieht sie indes nur in Abstimmung mit den anderen Bezirken. „Da die Bürgerämter berlinweit zuständig sind, könnte die Situation durch die Rückkehr aller Bürgerämter zu offenen Sprechzeiten entspannt werden“, so die CDU-Politikerin. Sie beklagt „Hochnäsigkeit“ der Senatsfinanzverwaltung, die für den elektronischen Personalausweis 2010 „einen finanziellen Ausgleich zugesagt“ hatte. Nur ein Drittel der nötigen Stellen sei schließlich gebilligt worden.

Eine Entlastung ist für die kommenden Monate auch ohne Amtshandeln in Sicht. Erfahrungsgemäß, sagt Richter-Kotowski, gebe es im Winter weniger Andrang. Erst im kommenden Frühjahr rechnen die Experten wieder mit einem Ansturm. Vor den Sommerferien fällt vielen Menschen ein, daß sie vielleicht einen neuen Ausweis oder Reisepaß benötigen.



Die Bürgerämter in Steglitz-Zehlendorf gehören zu den wenigen in Berlin, die ihre Kunden noch ohne vorherige Terminabsprache empfangen. Foto: M. Schmidt

Liebe Leser!

Mal ehrlich, verehrte Leserinnen: Fühlen Sie sich jetzt nicht angesprochen?



In Drucksachen und Veröffentlichungen heißt es seit einiger Zeit: keine Funktion mehr ohne weibliche Variante. Mitarbeiterinnen oder Wählerinnen, Bürgerinnen oder Gartenfreundinnen – nach den Maßstäben der „Geschlechtergerechtigkeit“ (im Disney-Deutsch: Gender-Equality) werden die weiblichen Formen stets mitgenannt. Ein neues Gründerzentrum der FU soll „Gründungs-zentrum“ heißen, damit eventuelle Gründerinnen nicht abgeschreckt werden. Studenten gibt es nicht mehr, stattdessen ist von „Studierenden“ die Rede.

Doch Texte werden unleserlich und aufgebläht, wenn jede Bezeichnung in abgewandelter Form wiederholt wird. Eine neue Straßenverkehrsordnung spricht nicht mehr von Radfahrern, sondern von „Radfahrenden.“ Allen Ernstes las ich bereits von „Gästinnen und Gästen“. Nach der Lesart hieß der Artikel 60 des Grundgesetzes: „Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin ernennt und entläßt die Bundesrichter und Bundesrichterrinnen, die Bundesbeamten und Bundesbeamtinnen...“

In letzter Konsequenz der „Geschlechtergerechtigkeit“ müßten wir Bürgerämter und Verbraucherschutz, ja sogar den Bürgermeisterposten umbenennen. Der Kabarettist Martin Buchholz leitet seine Wochenkolonne ironisch mit der Anrede ein: „Liebe Menschinnen und Menschen...“ Wollen wir wirklich Ministerinnen- und Ministerämter für Verbraucherinnen- und Verbraucherschutz, Bürgerinnen- und Bürgerämter oder einen Bürgerinnen- und Bürgermeister?

Wir machen die Probe aufs Exempel und fragen unsere weiblichen Leser, ob sie sich ausgeschlossen fühlen, wenn nicht von Leserinnen die Rede ist.

Eine frohe Adventszeit wünscht Ihnen BVV Südwest und Ihr

Martinus Schmidt, Redakteur

Jetzt mit Sandfarben

Es geht doch!

Dahlem. Die zum Teil schon erneuerte Fassade stößt nicht nur beim Stadtplanungsausschuß-Vorsitzenden Torsten Hippe auf Zustimmung. „Es geht doch, wenn man will“, sagte der CDU-Fraktionschef. Auch Kunden und Geschäftsleute des „Fünf Morgen Dahlem Urban Village“ auf der früheren Truma-Plaza äußerten sich in diesem Sinne. Wenn es das Wetter erlaubt, soll der richtige Farbton „Sandfarben“ noch in diesem Jahr vollständig aufgetragen sein.



Sandfarben statt Aluminium-Grau: Stadtplaner Torsten Hippe empfindet den neuen Farbton viel freundlicher. Foto: M. Schmidt

25 Jahre offene Grenzen

Bürgermeister Norbert Kopp erinnert sich

Steglitz-Zehlendorf. Ein vier-tel Jahrhundert ist es bereits her, daß in Berlin die Mauern aufgingen. Auch Steglitz und Zehlendorf hatten Grenzen zur DDR, die unüberwindbar schienen.

Ich war am 10. November am Abend bei einer spontanen Kundgebung auf dem Breitscheidplatz mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Den Abend des 9. November habe ich vor dem Fernseher verbracht. Zunächst ein wenig un-

gläubig, dann aber zunehmend von einem Glücksgefühl beseelt. Ich war mir bewußt, daß mit der Öffnung der Mauer ein Kapitel Geschichte wird. So wurde der 10. November ein Tag des Jubels, als abends um 18 Uhr die Glienicke-Brücke nach Potsdam wieder das wurde, wofür sie einst errichtet worden war: ein Übergang über die Havel zwischen Berlin und Potsdam. Erst viel später, am 23. Juni 1990, konnte die jahrzehntelang verfallene Knese-

beckbrücke über den Teltowkanal wieder eröffnet werden.

Die CDU ist froh und stolz, daß sie stets für die Einheit eintrat, als diese für andere kein Thema mehr war. Heute ist es selbstverständlich, daß Teltower, Potsdamer und Klein-Machnower als unsere Nachbarn hier einkaufen oder wir bei ihnen. Und es ist schön, sich des Novembers 1989 zu erinnern, als der Anfang vom Ende der deutschen Teilung eingeleitet wurde.

Interview mit Bezirksverordnetenvorsteher René Rögner-Francke

„Wir hören uns in der Regel zu“

Steglitz-Zehlendorf. René Rögner-Francke ist Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf. Der 58-jährige Referatsleiter der Berliner Verwaltung gehört bereits 1981 der CDU-Fraktion der damaligen BVV Steglitz an.

? Sie sind BV-Vorsteher seit 2006. Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Rögner-Francke: Aus einem politisch interessierten Elternhaus stammend, kam ich über die Schülerarbeit am Gymnasium zum ersten Mal mit politischem Engagement in Berührung. Vom Schülersprecher und Mitglied der Schüler-Union ging ich in die CDU – damals im Bezirk Steglitz. Dann wurde ich Ortsvorsitzender, 1979 Bürgerdeputierter und schließlich Bezirksverordneter. So habe ich alle Bereiche der BVV kennengelernt, auch Fraktionsvorsitzender war ich und 1999 der letzte Vorsteher der alten BVV Steglitz. In der neuen BVV Steglitz-Zehlendorf wurde ich Vize-Vorsteher, Fraktionschef und 2006 zum Vorsteher gewählt.

? Also sind Sie eine Art Parlamentspräsident. Wie neutral muss ein Vorsteher sein?

Rögner-Francke: Als jemand, der die Rechte aller Bezirksverordneten zu wahren hat, halte ich strikte Neutralität und achte darauf, daß die Bahnen der Geschäftsordnung eingehalten und vor allem die Auskunftsrechte der Verordneten gegenüber dem Bezirksamt wahrgenommen werden. Ich Sorge dafür, daß die Arbeitsmöglichkeiten für jeden einzelnen Bezirksverordneten gewährleistet sind. Die Plenarsitzung der BVV muss neutral geführt werden. Doch ich bin kein Neutrum. Natürlich nehme ich als Mitglied der CDU-Fraktion an den Abstimmungen im Plenum teil. Bei politischen Diskussionen halte ich mich indes eher zurück.

? Wie stark ist die BVV? Was darf sie und was nicht?

Rögner-Francke: Sie macht keine Gesetze oder Verordnungen. Sie entscheidet keine einzelnen Personalangelegenheiten. Wir sind eine Volksvertretung, aber kein Parlament. Formal ist die BVV ein „Organ der kommunalen Selbstverwaltung“. Wir entscheiden über Bebauungs- und Landschaftspläne und gestalten den bezirklichen Haushalt. Die Eigenverantwortung ist durch Zuweisungen des Senats eingeschränkt. Eine auskömmliche Finanzausstattung gibt es leider nicht. Viele Teile des Bezirkshaushalts sind durch bundesrechtliche Regelungen festgelegt, auf die wir kaum Einfluß haben. Aber stärker als früher können wir mitbestimmen, und das nutzen wir auch. Wir wählen das Bezirksamt und können es kontrollieren. Die BVV kann das Ver-



Der 58-jährige René Rögner-Francke steht seit 2006 der BVV Steglitz-Zehlendorf vor.

Foto: M. Schmidt

waltungshandeln des Bezirksamtes durch sogenannte Ersuchen und Empfehlungen anregen. Der Kanon insgesamt ist also größer geworden.

? Haben sich die Möglichkeiten der BVV erweitert? Hat die BVV Macht?

Rögner-Francke: Macht ist vielleicht nicht ganz der richtige Ausdruck. Aber in der Tat werden manche Themen in Fraktions-Anträgen in die BVV eingebracht, die – nach Beratung in den Fachausschüssen – in Beschlüssen der BVV münden. Dies muß dann vom Bezirksamt bearbeitet beziehungsweise umgesetzt werden.

? Einerseits mangelt es der BVV nicht an Zuständigkeiten. Das Echo ihrer Arbeit ist größer geworden. Andererseits: Sind Sie glücklich über die Art mancher Einwohneranfragen, zuweilen wiederholt zum selben Thema?

Rögner-Francke: Ich habe nicht nur die BVV-Rechte, sondern auch die Rechte der Bürger zu wahren. Dabei können wir naturgemäß nicht immer alle Einwohner zufriedenstellen. Wenn Fragen nach unserer Geschäftsordnung zulässig sind, werden sie vom Bezirksamt beantwortet – auch wenn sie uns mitunter nicht immer zielführend erscheinen. Eine repräsentative, parlamentarische Demokratie muß das aushalten. Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen im Zuhörerraum sind nicht zulässig. Darauf weise ich, wenn nötig, auch hin. Notfalls würde ich die Ordnung im Zuschauerraum herstellen lassen – wie ich meiner Kollegin in Friedrichshain-Kreuzberg vor kurzem geraten habe. Volksvertretungen haben das Recht, ohne Einschüchterung oder Störung von außen zu arbeiten. Doch ich kann nicht klagen: Wir im Südwesten hören uns in der Regel zu.

? Was sind unparlamentarische Ausdrücke?

Rögner-Francke: Bei Worten wie „käuflich“, „Lüge“ oder persönlichen Verunglimpfungen greife ich sofort ein. Bei uns ist das Gott sei Dank selten der Fall. Wir haben aber auch kernige Debatten, auch wenn sich nicht jeder Bezirksverordnete gleich gut ausdrückt. Kommunalpolitik ist das Bohren dicker Bretter. Reden dürfen auch diejenigen, die sich nicht so gut ausdrücken können. Wir sind hier Feierabendpolitiker. Bei uns gibt es keine Redezeitbegrenzung, außer zur Geschäftsordnung, da sind es fünf Minuten. Solange Wortmeldungen da sind, werden sie aufgerufen. Dann haben wir einmal im Monat eine strukturierte BVV-Plenardebatte, begonnen bei der Einwohnerfragestunde, die höchstens 30 Minuten dauert, dann die geschäftlichen Mitteilungen, die Fragestunde der Bezirksverordneten mit einer Höchstdauer von 45 Minuten sowie Konsens-Abstimmungen. Danach werden die Große Anfragen, Anträge der Fraktionen, Beschlussempfehlungen der Ausschüsse und gegebenenfalls Vorlagen des Bezirksamtes im Rahmen einer Aussprache behandelt.

? Haben Sie den Eindruck, daß über Dinge in der BVV debattiert wird, für die der Bezirk gar keine Kompetenz hat?

Rögner-Francke: Das ist weniger geworden. Das war in den 80er-Jahren deutlich schwieriger. Da gab es Debatten über die große Weltpolitik, wozu wir als Bezirksverordnete noch weniger als heute etwas zu sagen hatten. Das war aber ein Zeichen der damaligen Zeit. Heute halten wir uns an unsere Zuständigkeit.

? Sie mögen Ihr Amt. Haben Sie Ambitionen für andere Aufgaben?

Rögner-Francke: Nein. Ich bin seit 1981 dabei und habe viel Freude bei meiner Aufgabe als Vorsteher der BVV. Diese ist sehr facettenreich. Sie reicht von der Sitzungsleitung, über die Klärung von Geschäftsordnungsangelegenheiten, Fragen der Zusammenarbeit mit den Fraktionen bis zu unseren eigenen Veranstaltungen und Ehrungen. Hinzu kommt auch die Führung der Geschäfte der BVV und der Schriftverkehr über das BVV-Büro. Außerdem versuche ich, wenn es die Zeit erlaubt, im vorpolitischen Raum präsent zu sein. Damit kann ich die ehrenamtliche Arbeit in Verbänden, Institutionen oder Initiativen unseres Bezirks anerkennen und ihnen den gebührenden Respekt erweisen. Zugleich erfahre ich in Gesprächen auch, welche Themen die Menschen bewegen. Nicht selten werden diese später im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden der BVV beraten. Dort sind engagierte Verordnete aller Fraktionen vertreten, um sich der Nöte der Bürger anzunehmen.

? Braucht die BVV bessere Räumlichkeiten? Die 55 Bezirksverordneten haben ja seit 2001 keinen eigenen Saal.

Rögner-Francke: Der alte BVV-Saal hier im Rathaus ist leider nicht groß genug, genau wie der frühere Versammlungssaal in Steglitzer Rathaus. Selbst wenn er für die Verordneten Platz hätte, dann nicht mehr für das Publikum. Das ist alles geprüft worden. Dann haben wir uns entschieden, den Bürgersaal einmal im Monat für die BVV umzubauen.

? Wäre es nach der Bezirksneuaufteilung 2001 Zeit gewesen, neue Namen für die zwölf Bezirke zu finden?

Rögner-Francke: Es gab solche Ansätze wie etwa Wuhletal für Marzahn. Die Menschen orientie-

ren sich eher an ihrem Kiez und halten Bezirksnamen nicht für wichtig. Allerdings sind einige frühere Bezirksnamen nur noch als Benennung von Ortsteilen geblieben. Ganz neue Namen hätten die Bürger nicht mitgemacht.

? Wie sind Ihre Kontakte zu anderen BV-Vorstehern?

Rögner-Francke: Es gibt die AG der BV-Vorsteher, die ich zur Zeit leite. Da werden vier bis fünfmal im Jahr Probleme aus der praktischen Arbeit besprochen. Wir erörtern dort Dinge, bei den es Klärungsbedarf gibt. Anders als der Rat der Bürgermeister sind wir nicht formalisiert. Wir geben Stellungnahmen zu geplanten Gesetzen im Abgeordnetenhaus ab. Außerdem haben wir ständigen Gaststatus im Innenausschuss des Rats der Bürgermeister. Wir werden also sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene gehört. Einmal im Jahr treffen wir uns zudem mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses und den Fraktionsvorsitzenden der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien.

? Halten Sie die Bezirksreform für einen Erfolg?

Rögner-Francke: Es war ein Fehler, die Gebietsreform vor den Abschluss der Verwaltungsreform vorzuziehen. Was mich mehr besorgt, ist die Tatsache, daß die Bezirke immer mehr gesetzliche Aufgaben erfüllen müssen, jedoch personellen und finanziellen Restriktionen ausgesetzt sind. Die Menschen merken, daß wir viele Aufgaben schwer erfüllen können, weil wir personell nicht in der Lage sind. Das war 2001 so nicht gedacht. Diese besorgniserregende Entwicklung führt bei vielen zu Verdruß und bei Verhandlungen mit dem Land zu einer „Kannibalisierung“ unter den Bezirken.

? Letzte Frage: Wie stellen Sie sich den Bezirk und Berlin in 50 Jahren vor? Hat Berlin als Land eine Zukunft?

Rögner-Francke: Ja, Berlin hat eine Zukunft. Ich selbst war nie ein Befürworter der Fusion mit Brandenburg. Die Diskussion von Länderfusionen, wie sie gerade wieder angeschoben wurde, basiert doch fast immer auf rein fiskalischen Fragen. Aus gutem Grund haben die Schöpfer des Grundgesetzes 1949 einen föderalen Staat geschaffen. Von Zentralverwaltungen halte ich nicht viel. Sie sind kein Allheilmittel. Was Steglitz-Zehlendorf betrifft, hoffe ich, daß die Entwicklung bei allen Schwierigkeiten in der Entwicklung der Infrastruktur, Schulen und Straßen voranschreitet. Unser Vorteil ist, daß wir ein Bezirk sind, der grün geblieben ist – mit viel Wasser, Bäumen und Natur, mit neuen Bürgern und jungen Familien, die gern im Südwesten leben. Die Voraussetzung dafür haben wir. Dafür müssen wir noch viel tun.

David Eckel, Verkehrsexperte der CDU-Fraktion

Anwohner an Parkreglements beteiligen

Steglitz-Zehlendorf. Ob Auf dem Grat, in der Königstreue, der Schloßstraße oder in der Brettbacher Straße – an vielen Stellen des Bezirks sorgen geänderte Parkregelungen derzeit für Diskussionen.

Auffällig dabei ist: Um das Wohl der Autofahrer und Anwohner scheint es nicht zu gehen. Meistens werden die Maßnahmen zum Schrecken der Anwohner einfach umgesetzt, und von heute auf morgen fallen unzählige Parkplätze weg – oder es hagelt Ermahnungen und Knöllchen. Durch die neuen Parkregeln kommt es gerade in kleineren Straßen zu einer massiven Parknot und Rangiermanövern größerer Fahrzeuge, die nicht mehr durch die Straße passen. Das belastet Anwohner

durch zusätzliche Abgase und ruhestörenden Lärm. Auf der Hand liegt zudem, daß der Fahrer eines rückwärts fahrenden LKW andere Verkehrsteilnehmer wie Schulkinder eher übersieht als ein Fahrzeugführer, der im Vorwärtsgang unterwegs ist.

Die CDU-Bezirksverordneten wollen vor einer möglichen Veränderung der Parkordnung die Anwohner einbinden, die ihren Kiez am besten kennen. Daher haben wir das Bezirksamt aufgefordert, klare Kriterien zur Beteiligung der Steglitzer und Zehlendorfer an Parkordnungen zu entwickeln.

Das SPD-geführte Ordnungsamt muß die Einwohner frühzeitig über die geplanten Parkänderungen informieren und in die Ent-

scheidungsfindung einbinden. Auch wir Bezirksverordneten erwarten in Zukunft eine frühere Information über geplante Maßnahmen. Wie gut intensive Bürgerbeteiligung funktionieren kann, beweist die Schorlemerallee. Dort wurden auf Initiative der CDU die Anwohner befragt. Ergebnis: Sie sprachen sich einstimmig gegen den Wegfall von Parkplätzen zugunsten von Fahrradstreifen aus. Wir setzen uns nun dafür ein, daß eine Lösung gefunden wird und die Parkplätze erhalten bleiben.

Wollen Sie Kontakt zu David Eckel aufnehmen? Sie erreichen den Verkehrsexperten per E-Mail an david@eckel.de



Bezirksverordneter Klaus Fengler

Jodblockade – richtig und sinnvoll?

Wannsee. Nach den Vorstellungen der Piratenpartei sollten alle Haushalte rund um den Versuchsreaktor des Helmholtz-Instituts in Wannsee Jod-Tabletten erhalten – vorsorglich für den Fall eines Flugzeugabsturzes. Das halte ich als Pharmazeut für unsinnig. Die schädlichen Nebenwirkungen wären weit größer. Zudem müßten die Medikamente nach den geltenden Vorschriften spätestens nach fünf Jahren erneuert werden

Bei einer Kontaminierung durch Zerstörung des noch bis ins Jahr 2020 betriebenen Atomreaktors würde Wolken radioaktiven Jods freigesetzt. Daher sollten dann nach den Katastrophenplänen Nachbarn des Instituts an der Glienicker Straße für umgehend mit Kalium-Jodtabletten versorgt werden. Diese lagern in der Feuerwache Wannsee, in der Kennedy-Schule und mehreren Krankenhäusern. Bei der Einnahme

würde die Schilddrüse mit etwa 50 Milligramm Jodid gesättigt, so daß kein radioaktives Jod mehr aufgenommen wird.

Bei vorbeugender Verteilung der hoch dosierten Tabletten bestünde die Gefahr, daß Bewohner das Präparat einnehmen, ohne sich der schädigenden Nebenwirkungen bewußt zu sein. 65 Mikrogramm Kaliumjodid können nach Expertenansicht bei älteren Menschen Tumore entstehen lassen. Zudem könnten Betroffene im Ernstfall vergessen haben, wo sie die Jod-Tabletten gelassen hätten. Und schließlich bestünde außerdem die Gefahr, daß Kinder unwissentlich an die Tabletten in Schubladen oder Badezimmer-schränken gelangten.

Die flächendeckende vorsorgliche Verteilung der Medikamente würden den Steuerzahler 350 000 Euro kosten. Die Arzneimittel ver-lören zudem mit den Jahren

rasch an Wirkung. Im Katastrophenfall würden die Tabletten von der Polizei an die betroffene Bevölkerung verteilt und die Menschen (bis zu 6000 Wannseer und höchstens 80 000 Menschen im Südwesten) aufgefordert, die Tabletten einzunehmen.

Radioaktive Wolken breiten sich nach der vorherrschenden Windrichtung aus. Im gesamten Gebiet, das in Frage kommt, zeigen Windrichtungsmesser an, wo im Ernstfall mit der Verteilung der Kalium-Jodid-Tabletten begonnen werden müßte. Ein frühzeitige Verteilung der Tabletten ist daher nicht sinnvoll und würde eher Panik erzeugen.

Klaus Fengler ist Mitglied des Fraktionsvorstandes. Sie erreichen ihn telefonisch unter (030) 801 51 91.



Bezirksverordnete Ute Hahnfeld

Ein Platz für Hanna-Renate Laurien



Hanna-Renate Laurien war von 1981 bis 1989 Schulsenatorin in Berlin. Unser Bild zeigt die streitbare CDU-Politikerin im Jahr 2009 bei einer Podiumsdiskussion.

Foto: Zapferl, wikipedia

Lankwitz. Der Platz vorm Rathaus Lankwitz soll nach der früheren Bürgermeisterin und Schulsenatorin künftig „Hanna-Renate-Laurien-Platz“ heißen.

Der bisher unbenannte Ort, als Marktplatz genutzt und von vielen Leuten frequentiert, könnte die 2010 verstorbene CDU-Politikerin ehren, die streitbar und ungewöhnlich auch zu Themen Stellung nahm, vor denen andere zurückschreckten.

Sie hat mit großer Leidenschaft für einen besseren Zugang zu Bildung gefochten und sich auch nicht gescheut, gegen Tabus zu kämpfen – so ermöglichte sie entgegen den geltenden Vorschriften einer schwangeren Schülerin, das Abitur abzulegen. Zudem

setzte sich für ein Ehrenmal folgender Homosexueller durch die NS-Diktatur ein.

Ihr Aufruf an die Berliner Bevölkerung gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus im 1992 verdeutlichte, daß für Hanna-Renate Laurien immer die Würde des Menschen im Vordergrund stand. Mit ihrem unerschütterlichen Engagement für Benachteiligte und Minderheiten ist sie ein Vorbild und couragierte Kämpferin für unsere Demokratie.

Sie erreichen Ute Hahnfeld unter 0171-787 41 98 oder per E-Mail an UteHahnfeld@googlemail.com



Bezirksverordneter Dietmar Wilhelm

Verfall des Fichteberg-Gymnasiums stoppen

Steglitz. Die baulichen Mängel am Fichteberg-Gymnasium sollten so schnell wie möglich abgestellt werden.

Insbesondere müssen zusätzliche Kosten für den Bezirk verhindert werden, die im Winter entstehen können, wenn etwa abgeschlagene Putzteile nicht rechtzeitig bearbeitet werden – sogenannte „Kältebrücken“. Die erforderlichen Baumaßnahmen sollten aufgelistet werden und geschätzt werden. Über geplante Baumaßnahmen soll die Schulleitung rechtzeitig informiert werden.

Gefahren an der Glockenstraße

An der Einmündung der Sven-Hedin-Straße/Ecke Glockenstraße wurden auf den Grünstreifen sehr große Bordsteine „hingeschmissen“. Die Steine stellen für Behinderte, Fußgänger, Radfahrer und Fahrzeuge besonders in der Nacht eine Gefahr da. Hier wurde Steuergeld ausgegeben, das dringend an anderer Stelle benötigt würde. Ich habe die Verwaltung aufgefordert, die Gefahrenstelle zu beseitigen.

Stau in Südende vermeiden

Im Bereich der Albrechtstraße 19/20 kommt es häufig zum Stau,

da dort wegen Bauarbeiten nur noch eine Fahrspur in jede Richtung offen ist. In östlicher Richtung befindet sich genau an dieser Stelle eine Bushaltestelle; wenn die Busse dort halten, kommt es zum Stau, da sie nicht überholt werden können. Ich habe veranlaßt zu prüfen, die Haltestelle zu verlegen.

Keine Vernichtung von Parkraum in Südende

Die Verringerung von Parkplätzen in der Presselstraße am Steglitzer Damm hat keinen Sinn. Die Rechte der Anwohner und Gewerbetreibenden müssen geschützt werden. Derzeit prüft die Verkehrsbehörde aufgrund unseres Antrages, ob die neu aufgestellten Parkverbotschilder entfernt werden können und dafür ein halbseitiges Parken erlaubt wird. Sonst könnten die Parkverbotszeiten reduziert und das absolute in ein eingeschränktes Parkverbot umgewandelt werden.

Sie erreichen Dietmar Wilhelm unter (030) 79 70 27 71 oder per E-Mail an info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de



Bezirksverordneter Ralf Fröhlich

Die Parkplatznot lindern

Zehlendorf. Trotz leichter Verbesserungen ist die Parkplatz-Situation im Zehlendorfer Süden nach wie vor prekär. In den letzten Jahren sind neue Bewohner in den Ortsteil gekommen, damit auch mehr Kraftfahrzeuge, die im Bereich südlich des Nieritzweges zwischen Andrézeile und Sachtlebenstraße ihren Platz suchen.

Bereits Ende 2012 hatte ich einen Antrag beim Bezirksamt mit der Bitte um Prüfung gestellt, ob dort zusätzlicher Parkraum geschaffen werden kann. Daraufhin wurden im Ramsteinweg fünf Parkplätze geschaffen. Leider hat sich seither die Situation im Windsteiner Weg, Lupsteiner Weg und Breitensteinweg nicht entschärft.

Zusätzlich nahm ich Kontakt mit dem Ordnungsamt und dem zuständigen Stadtrat Michael Karnetzki (SPD) auf, den ich um ei-

nen Ortstermin bat, um Lösungen und geeignete Maßnahmen zu entwickeln – ohne Reaktion.

Im Frühjahr 2014 schrieb ich den drei ansässigen Wohnungsbau-gesellschaften mit der Bitte, Parkplätze auch Nichtmietern zur Verfügung zu stellen, an. Die Hilfs-werksiedlung reagierte und stellt nun Parkplätze in der Andrézeile und am Lupsteiner Weg zur Verfügung. Leider entschärft es die Parkplatznot kaum. Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, daß weiterer Parkraum für die Anwohner geschaffen wird.

Sie erreichen Ralf Fröhlich telefonisch unter 0179-537 93 63 oder per E-Mail an fruehlich-ralf@versanet.de



IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin, Tel.: (030) 90 299-53 10, E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de
V.i.S.d.P.: Torsten Hippe
Redaktion: Martinus Schmidt
Verlag: Berliner Wochenblatt Verlag GmbH, Wilhelmstr. 139, 10963 Berlin, Tel.: (030) 259 17 84 00
Druck: Axel Springer SE, Druckhaus Spandau
Auflage: 135.510 Exemplare

Weitere Informationen erhalten Sie auch auf www.cdu-bvv-sz.de



Haben Sie Anliegen, Beschwerden oder Sorgen? Wir kümmern uns!

Wenden Sie sich an Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe:
☎ 902 99 53 10, Fax- 61 10,
E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de

kurz & knapp

Breitenbachplatz wiederbeleben

Steglitz. Der Breitenbachplatz sollte in seiner Aufenthaltsqualität verbessert und neu belebt werden. Das fordert ein BVV-Antrag auf Initiative der Bezirksverordneten Dr. Sabine Lehmann-Brauns, mit der das Bezirksamt aufgefordert wird, Strom- und Wasseranschlüsse zu schaffen. Seit dem Bau der Autobahnbrücke Mitte der 70er-Jahre sei der angeräuhliche Breitenbachplatz weitgehend zerstört worden. Der ausgedehnte Wochenmarkt in der Eberbacher Straße habe zu einer schleichenden Verkümmern städtischen Lebens auf dem Breitenbachplatz geführt, beklagt Lehmann-Brauns. „Darunter leiden der alteingesessene Einzelhandel, Dienstleister und die Bürger zwischen Dahlem und Steglitz.“ Seit der Schließung des Drogeriemarktes sei die Laufkundschaft weiter zurückgegangen. Die Bezirksverordnete verweist auf die „Bürgerinitiative Breitenbachplatz“, die sich für eine Neugestaltung des Platzes einsetzt.

Alte Pumpen erhalten

Dahlem. Die historische Berliner Handschwengelpumpe auf dem Jürgen-Fuchs-Platz sollte erhalten bleiben. Das fordert die Bezirksverordnete Sabine Lehmann-Brauns. Die seit 100 Jahren als Denkmal geschützten Pumpen müßten alle wie in Leipzig als Kulturdenkmale unter Schutz gestellt werden. „Die Denkmalstatuszuordnung muss unabhängig von der Funktion erfolgen“, so die Politikerin. Bei der Namensgebung des Platzes war das Gußeisenschöpfwerk bereits außer Betrieb. Die historischen Handschwengelpumpen aus Eisenguss gehören zum Berliner Stadtbild. Sie stammen größtenteils aus dem 19. Jahrhundert.

„Sven Hedin“ soll bleiben

Zehlendorf. Der Namensgeber der Zehlendorfer Straße war im Oktober Thema eines Vortrages im „Kohlenkeller“ in der Sven-Hedin-Straße 5. Trotz Hedins „politischer Irrfahrt“ durch die Nazizeit sind die Anwohner dagegen, die Straße umzubenennen. Der 1952 verstorbene Entdeckungreisende und Autor des Zentralasien-Atlanten fühlte sich zeitlebens Deutschland verbunden. Der Historiker Patrick Pritsch vermittelte ein gemischtes Bild des mutigen Abenteurers Hedin. Dessen Verdienste für die Erdkunde und Kartografie indes überwiegen.

Im „Kohlenkeller am Mexikoplatz“ finden jeden Monat Veranstaltungen zu kulturellen oder historischen Themen statt – organisiert von der Familie Wehl. Am Sonnabend, 29. November, 17 Uhr steigt die „Die Lange Nacht der Lieder“ als Einstieg in die Adventszeit. Infos: www.kohlenkeller-mexikoplatz.de, ☎ 813 33 57.

Ausstellung im Heimatmuseum

Als den Schönowern ihr Dorf zu teuer wurde

Zehlendorf. Seit 1896 gehört es zu Zehlendorf. Das bis dahin eigenständige Bauerndorf Schönnow, heute bekannt durch die Orgelbauer Schuke, ist jetzt Gegenstand einer Sonderausstellung im Heimatmuseum in Zehlendorf Eiche. Museumsleiter Klaus-Peter Laschinsky gelang sogar, für die Dauer der Ausstellung die Urkunde aus dem Geheimen Staatsarchiv auszuleihen.

Auf Beschluß der Gemeindeverwaltung schloß sich Schönnow vor 120 Jahren dem zahlungskräftigen Nachbarn an. Vor allem die finanziellen Lasten sind laut Laschinsky der Grund für diese Entscheidung gewesen. Eine eigene Schule zu unterhalten, Einsätze der Zehlendorfer Feuerwehr zu bezahlen und die Kreisumlage abzuführen war den Bauern in Schönnow schließlich zu teuer. „Schönnow“ ist heute Ortsgemeinschaft Zehlendorfs und kommt auf Straßenschildern und Einrichtungen



Klaus-Peter Laschinsky hat für die Ausstellung über Schönnow sogar Urkunden aus dem Geheimen Staatsarchiv ausgeliehen. Foto: M. Schmidt

zu beiden Seiten des Teltower Damms vor. Zu sehen ist die Ausstellung bis zum Sonnabend, 31. Januar 2015, im Heimatmuseum

an der Clayallee 355. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen zur Ausstellung erhalten Interessierte unter ☎ 802 24 41.

Spendenaufruf hatte Erfolg

Auf festen Füßen

Zehlendorf. Die Friedensplastik vor der Süd-Grundschule hat jetzt wieder einen festen Stand. Nach einer Spendenaktion auf Initiative des Elternvertreters Veit Fischer hat die Schule in der Claszeile ihre Plastik auf einem Sockel installiert.



Dank eines Spendenaufrufs konnte der Sockel der Friedensplastik vor der Süd-Grundschule erneuert werden. Zur Freude der Schüler steht das Kunstwerk jetzt wieder sicher.

„Mehr als erfreut“ ist Schulleiter Alfred Peters über den Fuß für das Kunstwerk des US-Bildhauers Matt Lamb. Sechseinhalb Jahre war das vier Meter hohe Kunstwerk ohne Basis hinter einem Bauzaun verborgen. Die eingesammelten Spenden kann die Schule nun für eine Messingtafel daneben verwenden. Den Sockel baute die Firma BS Stankovic gratis. Seit Oktober 2007 stand das Kunstwerk locker vor dem 100 Jahre alten Schulgebäude – mit einem grauen Drahtgitter drumherum. „Aus Sicherheitsgründen“, wie Schulleiter Alfred Peters erläutert, „durfte das Werk laut Schulamt so nicht stehen bleiben.“

Der US-Künstler Lamb hatte die Plastik mit einer Friedensbotschaft der Schule vermacht. Sie war im Rahmen einer Kunst-Aktion „Umbrellas for Peace“ (Schirme für den Frieden) entstanden, die Lamb nach den Terroranschlägen auf das „World Trade Center“ erst in New York, dann in Berlin inszenierte. Dort am Brandenburger Tor nahm die Kunstlehrerin der Süd-Grundschule, Sabine Wöhler, mit Schulkindern teil. So schuf Lamb zwei ähnliche Plastiken aus Metallrohren in Blau, Rot, Gelb und Grün. Eine fand ihren Platz in der Claszeile in Zehlendorf Süd.

Wir trauern um Ex-Bürgermeister Ulrich Menzel

Unser Fraktionskollege Ulrich Menzel ist am Donnerstag, 6. November, im Alter von 75 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben.

Der Diplom-Kameralist war seit Jahrzehnten als Kommunalpolitiker für die CDU in Zehlendorf aktiv. Als solcher war er viele Jahre Bezirksstadtrat und von 1991 bis 1996 Bezirksbürgermeister. Sein größter Einsatz galt der Gesundheitspolitik im Bezirk. „Der Standort des Universitätsklinikums Steglitz „Benjamin Franklin“ darf nicht auf die Medizin für die zweite Lebenshälfte beschränkt bleiben, sondern braucht die gesamte Angebotspalette der Universitätsmedizin“, erklärte er. Zudem enga-

gierte sich Ulrich Menzel in der Stadtplanung und im Sport, vor allem beim FC Hertha 03 Zehlendorf, dem er von Januar 1996 bis März 2002 sogar vorstand.

CDU-Fraktionsvorsitzender Torsten Hippe bedauerte den Verlust des „hoch geschätzten Kollegen, der sich im Haushaltsausschuß allein wegen seiner beruflichen Qualifikation hohe Verdienste erwarb.“ Die Anteilnahme gilt jetzt den Hinterbliebenen. Die CDU-Fraktion Südwest wird sich des Verstorbenen stets dankbar erinnern.



Buchtipps

Zwischen Uni und Behaglichkeit

Dahlem. Die Geschichte der Schwendenerstraße gibt es jetzt als Buch. Der pensionierte FU-Professor Manfred Schulz, der früher Afrika südlich des Äquators untersuchte, hat das Jahrhundert der Straße Revue passieren lassen. Herausgekommen ist eine Architektur- und Gesellschaftsstudie. „Die Schwendenerstraße im Spiegel der Zeiten“ heißt der 200 Seiten starke Band, an dem der Dahlemer zwei Jahre lang arbeitete.

Wo Schulz seit 32 Jahren „gern wohnt“, entstanden vor 110 Jahren die ersten Häuser. Bis 1934 hieß die Verbindung zwischen Botanischem Garten und Thielpark noch Humboldtstraße. Vieles erschloss sich nach Worten des Autors durch Spaziergänge in die Nachbarschaft der nach dem 1919 verstorbenen Botaniker Simon Schwendener genannten Straße. Keines der 47 Häuser stehe unter Denkmalschutz, doch habe jedes Haus eine spannende Geschichte, so Schulz. Die „Schwendener“ zeichne sich durch viele Baustile aus. Hier wohnt gehobenes Bürgertum in klassischer oder wilhelminischer Villa, Jugendstilbauten oder einem Haus nach Waldbauernart.

33 Häuser hat Manfred Schulz untersucht, im Bauamt und im Amtsgericht recherchiert. Dabei ist er auch auf die Namen sieben jüdischer Eigentümer gestoßen, die in der Nazizeit zum Verkauf gezwungen oder enteignet wurden. „In jedem Haus“, sagt der Soziologe, „finden sich Details, die es wert sind, berichtet zu werden. Eines davon führte im Mai dieses Jahres zur Verlegung dreier Stolpersteine.“ In der Schwendenerstraße 46 erinnern die Messingtafeln an die dreiköpfige Familie Hagelberg, die im Oktober 1942 deportiert und ermordet wurde. Berühmtester Einwohner der Schwendener: Alfred Hugenberg, deutschnationaler Medienmogul, Herr von 1200 Zeitungen und der Ufa und Superminister im ersten Kabinett Hitler. Geschichte findet sich auch im Haus Nr. 8, heute „FU-Sonderforschungsbereich 980 Episteme in Bewegung.“ Dort fielen vor 95 Jahren zwei Männer vom Balkon, erschossen von Soldaten.

Der Bezug zur Uni ist in der Schwendener unausweichlich. Vier FU-Institute gibt es hier, weitere 13 finden sich der Umgebung, die 2015 alle in den Neubau der „Kleinen Fächer“ an der Fabbeckstraße ziehen. Zu dessen Finanzierung kommt der FU der Erlös aus den 17 Uni-Villen zugute, die sie zur Zeit des Chruschtschow-Ultimatums billig erworben hatte. Auch das ist ein Stück Dahlemer Geschichte.

Manfred Schulz: „Berlin-Dahlem: Die Schwendenerstraße im Spiegel der Zeiten“, ISBN 978-3-929619-72-2, 22 Euro

